

Pressemeldung



Gegen Rechts: Land NRW muss niedrigschwellige Angebote ausbauen

Paritätischer NRW positioniert sich gegen Rassismus und Rechtsextremismus

Wuppertal, 27.11.2015. Die Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte nehmen dramatisch zu und das Internet wird überschwemmt von rassistischen und rechtsradikalen Entgleisungen. „Wir dürfen nicht wegschauen, müssen uns Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung mit aller Kraft entgegenstellen“, forderte Elke Schmidt-Sawatzki, Landesvorsitzende des Paritätischen NRW, anlässlich der Mitgliederversammlung des Verbandes in Wuppertal. Insbesondere sei die Landespolitik gefragt, möglichst schnell die richtigen Weichen zu stellen. Antidiskriminierungsarbeit und Arbeit gegen Rassismus und Rechtsextremismus in NRW müssten deutlich ausgebaut werden.

Seien es Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderung, Lesben, Schwule, Bi, Trans* oder Frauen: Benachteiligung, Diskriminierung und Gewalt finden in vielen gesellschaftlichen Bereichen statt. Unterstützung finden Betroffene unter anderem bei den fünf landesgeförderten Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit in NRW. „Die Antidiskriminierungsbüros leisten sehr gute Arbeit – aber es sind eben nur fünf für ganz Nordrhein-Westfalen“, gab Elke Schmidt-Sawatzki zu bedenken. „Wir sind schon heute überlastet und angesichts des Zuzuges zahlreicher Flüchtlinge wird der Bedarf weiter steigen“, so Hartmut Reiners vom Anti-Rassismus Informations-Centrum (ARIC-NRW) aus Duisburg.

Landesgeförderte Antidiskriminierungsbüros gibt es derzeit in Aachen, Dortmund, Duisburg, Köln und Siegen, alle fünf sind in Trägerschaft von Mitgliedsorganisationen des Paritätischen NRW. „Die Menschen in Nordrhein-Westfalen brauchen niedrigschwellige, wohnortnahe Beratung. Doch das Münsterland und Ostwestfalen-Lippe sind beispielsweise weiße Flecken auf der Landkarte der Antidiskriminierungsbüros. Für viele von Rassismus und Diskriminierung betroffene Menschen ist der Weg zur nächsten Beratungsstelle zu weit“, so Reiners. „Hier ist das Land gefragt, die bewährten Strukturen der Antidiskriminierungsarbeit und Arbeit gegen Rassismus und Rechtsextremismus auszubauen.“

Hintergrundinformation

Auszug aus einer Stellungnahme der Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit:

Als erstes Bundesland hat Nordrhein-Westfalen vor 18 Jahren mit der Förderung von antirassistischer Antidiskriminierungsarbeit begonnen. Es wurden neun Projekte gefördert, die Diskriminierungen auf individueller und struktureller Ebene identifizieren und entsprechende Gegenstrategien entwickeln sollten. Diese Aufgaben werden heute von den fünf Organisationen

- Pädagogisches Zentrum e.V./Gleichbehandlungsbüro Aachen
- Planerladen e.V./Integrationsprojekt Dortmund
- Anti-Rassismus Informations-Centrum, ARIC-NRW e.V. Duisburg
- Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V./Antidiskriminierungsbüro Köln
- Verein für Soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e.V./ADB Siegen

weitergeführt. Sie fungieren innerhalb der landesgeförderten Integrationsagenturen als Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit. Die Servicestellen haben ein breites Aufgabenspektrum (u. a. Analyse von Diskriminierung, Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Fachkräften, Präventivmaßnahmen) mit zum Teil landesweiter Ausrichtung. Einen weiteren, äußerst wichtigen Baustein ihrer Arbeit bildet die AD-Beratung. Diese wird im antirassistischen Spektrum außerdem von wenigen freien Initiativen wie dem Anti-Rassismus-Telefon in Essen angeboten. Weitere Beratungsstrukturen gegen Diskriminierung gibt es landesweit u.a. für Lesben, Schwule und Trans*Menschen und Menschen mit Behinderung, die teilweise landesgefördert sind.

Die vollständige Stellungnahme der Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit zum Papier der Landesregierung „Eckpunkte eines integrierten Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus der Landesregierung Nordrhein-Westfalen“ Einleitung und Schwerpunkte vom 20.05.2015 finden Sie hier:

www.nrwgegendiskriminierung.de/files/pdf/Stn_ADB_Landesaktionsp.pdf